

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 1 (1960)

**Heft:** 21

**Rubrik:** Mitteilungen

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## ROTCINA KANN EINEN KRIEG AUSLÖSEN

Washington ist über Pekings Militärs besorgt, die scheinbar an Dritten Weltkrieg mit konventionellen Waffen glauben

Die letzte Woche begonnenen Luftmanöver der Amerikaner im Pazifik haben zuverlässigen Berichten zufolge einen besonderen Grund: Die Angst der Vereinigten Staaten vor der leichtsinnigen Auslösung eines Konfliktes durch Rotchina.

Seit einiger Zeit mehren sich in Washington Berichte, nach denen Rotchinas Militärexperten sich folgendes Bild von einem kommenden Konflikt machen:

1. In einem Weltkrieg wird die gegenseitige Angst Sowjetunion und USA daran hindern, Atomwaffen zu brauchen.

2. Ein kleiner Krieg wird nur von den USA, nie von der UdSSR, ausgelöst oder ausgetragen werden. In diesem Falle wird die Atombombe wegen des politischen Odiums ebenfalls nicht gebraucht werden.

3. Ein Krieg zwischen USA und Rotchina wird ebenfalls ohne Atombombe stattfinden, weil Rotchina noch auf Jahre hinaus für Atombomben kaum verletzlich ist.

4. In einem kommenden Krieg — mit oder ohne Weltbeteiligung — wird China gewisse Landziele in Asien erreichen (Südostasien, eventuell Teile Indiens, Pakistans, eventuell indonesische Inseln). Auch auf diese Länder werden die USA selbst nach chinesischer Besetzung niemals Atombomben abwerfen.

5. Ein kommender Krieg wird also mit konventionellen Waffen ausgetragen werden; nur taktische Atomwaffen könnten eingesetzt werden, und sie sind angesichts der chinesischen Übermacht nicht ausschlaggebend.

6. Die erdrückende Ueberzahl an Soldaten Rotchinas macht somit eine weitgehende Besetzung der gewünschten Ziele möglich; darauf wird schnellstens wirtschaftliche Durchdringung folgen. Aus dem neuen «Lebensraum» kann Rotchina kaum mehr verdrängt werden.

## DIE AKTIVSTEN ANSIEDLER IM NEUEN WESTPOLEN SIND KOLORADO-KÄFER

Polens Institut für Pflanzenschutz sagte für 1960 die bisher grösste Kartoffelkäferplage in den vernachlässigten Westgebieten des Landes (KB, 18. Mai) voraus.

In der Wojewodschaft Posen und in Niederschlesien zeigten sich die ersten Kartoffelkäfer bereits Anfang Mai, meldete die Landeszeitung «Nowy Nurt».

Schon 1959 hatte die Ortspresse eine stärkere Schädlingsplage als im Vorjahr gemeldet.

## Frucht der Furcht: Neue Mau-Mau

Kenia erlebt ein neues Auflammen des schwarzen Terrors von ferne geschürt durch zwielichtigen Ostblock-Fahrer

In Kenia wehren sich gewisse weisse Kreise gegen die unvermeidliche Uebernahme des Landes durch einheimische Kräfte, und als Reaktion erhebt das Gespenst der Mau-Mau wieder sein Haupt — diesmal gefördert durch kommunistisch inspirierte Propaganda aus dem Ausland.

(Ende Mai erschien eine Studie von F. D. Corfield über die Mau-Mau-Bewegung in England: Sie hält fest, dass Kenyatta, als Führer der Bewegung in Haft, sich zuerst von ihr distanzierte — aus Taktik, sagen die einen; weil er nicht wirklich Führer war, aber die Extremisten in der Bewegung kannte und fürchtete, sagen andere; dass der grösste Terror erst nach seiner Gefangennahme ausbrach; schliesslich, dass in der Repression 11 503 Afrikaner als Mau-Mau getötet wurden, während die Truppe bloss 167 Mann verlor und 1877 Zivilisten von den Mau-Mau ermordet wurden.)

Nun hielt am 20. Mai James Ochwata (KB, 11. Mai) in Rabat, Marokko, eine Pressekonferenz ab, in der er drohte, es werde in Kenia keinen Frieden geben, bis Kenyatta freigesetzt würde.

Ochwata nennt sich abwechselnd stellvertretender Leiter der Antiimperialistischen Front Kenias (als solcher wurde er 1959 in Peking offiziell empfangen); Chef der «Kenia-Büros» in Kairo, das Beziehungen zum kommunistisch infiltrierten Afro-asiatischen Solidaritätsrat unterhält; ehemaliger Privatsekretär Kenyattas; stellvertretender Bischof der «Kirche der östlichen Könige» (eine den Koppen verwandte Sekte); hin und wieder lässt er sich Vater oder Bruder James nennen.

Kürzlich war er in Bulgarien, wo er Kontakte mit dem kommunistischen «Friedenskomitee» und der Agitationszentrale Mittelost hatte.

An seiner Pressekonferenz in Rabat warnte er vor «einem neuen Ausbruch des Hasses als Antwort auf den Hass, den gewisse Europäerkreise gegen die Afrikaner hegen».

Während Kenyatta und das Prinzip der Gewalt durch einen kommunistischen Agenten im Ausland verteidigt werden, sammeln sich die weissen Extremisten Kenias, die sich nicht mit dem Lauf der Geschichte abfinden können, in Selbstverteidigungs-Organisationen.

## AGENTEN DES OSTBLOCKS IN SÜDOSTASIEN AM WERK

Sowjetdiplomaten, Tass und Bank of China machen mit

Südostasien erhält vermehrt die Aufmerksamkeit der Spionage-dienste des Ostblocks.

Die unabhängige indonesische Zeitung «Nusantara» schrieb im Mai, vier Mitglieder der jetzigen Sowjetbotschaft in Djakarta seien früher aus England, Dänemark und Italien wegen unerlaubten Nachrichtendienstes ausgewiesen worden.

Die Zeitung machte auch auf die «Public-Relations»-Aktivität der Agenturen Tass und Neues China aufmerksam, die ohne kommerzielle Einnahmen von ihren Regierungen finanziert werden.

Die Finanzdrehscheibe für kommunistische Gelder, berichtete «Nusantara», sei die «Bank of China», die wegen ähnlicher Vorfälle in der VAR, in Pakistan, den Philippinen und Thailand nicht mehr zugelassen sei.

In Malaya wurde die «Bank of China» gleichzeitig mit dem Ende des Notzustandes im April ebenfalls verboten. Der Ministerpräsident Malayas erklärte, ihr Zweck sei nicht das normale Bankgeschäft, sondern «die kommunistische Bewegung auszubreiten».

(In Burma sprang 1959 ein sowjetischer Botschaftssekretär, Alexander Kasnatschajew, ab und enthüllte die Spionagetätigkeit der burmesisch-sowjetischen «Freundschafts-Gesellschaft».)

## MONTYS STANDARDWORT «LIEBI, GUETI, BRAVI LÜT»

Wenn Wüstenlöwen alt werden fallen ihnen die Zähne aus

Feldmarschall Montgomery, Sieger von El Alamein, Freund der Schweiz und langjähriger Nato-Vizekommandant, hat sich in den letzten Jahren durch skurile politische Reisen und Urteile einen etwas weniger guten Namen geschaffen.

Er kehrte soeben von einem Besuch in Rotchina zurück und lud Tschu En-lai privat zu sich nach England ein. Er fand Tschu «sehr charmant, äusserst brillant, einen wunderbaren Menschen mit ausserordentlich guten Manieren und äusserst entgegenkommend».

Andere Urteile Montys nach früheren Reisen:

Januar 1960: «Ein guter Mann, der gegen die Kommunisten kämpft.» Gemeint war diesmal Franco.

April 1960: «Ein wirklich guter Mann, ganz feiner Kerl, sehr aufrichtig, sehr ehrlich.» Gemeint war diesmal Dr. Verwoerd.

## Dr. Petitpierre: Mehr Opfer für neue Länder

Frische Absolventen und willige Pensionierte genügen nicht zur Erfüllung unserer Pflicht in den Entwicklungsländern

Eine neue Einstellung zu den Opfern, die wir uns im Interesse der Hilfe an Entwicklungsländer auferlegen müssen, forderte am Sonntag Bundespräsident Petitpierre von der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft.

Der Bundespräsident sprach an der Tagung des «Rassemblement protestant jurassien» in Tramelan unter dem Thema «Begegnung mit dem Nächsten» von den im allgemeinen positiven Erfahrungen schweizerischer Experten in neuen Ländern.

Es seien meist jüngere Leute, die einige Zeit nach Abschluss ihrer Ausbildung zu opfern bereit seien, oder auch «Männer, die am Ende ihrer Karriere stehen und noch kürzere Zeit eine nutzbringende Tätigkeit ausüben möchten».

Das genüge jedoch nicht, fuhr

er fort. «Leider zögern die eidgenössischen und kantonalen Verwaltungen oft, übrigens aus verständlichen Gründen, ihren Beamten die Uebernahme derartiger Missionen zu gestatten. Mehrmals haben wir Absagen erhalten. Nicht anders verhält es sich auch bei den grossen Unternehmen.»

«Die Bedeutung der Aufgabe und der uns auferlegten Verantwortung sollten unsere Verwaltungen und unsere Unternehmen aufmuntern, vermehrtes Verständnis zu zeigen, auch wenn dies zuweilen für sie ein Opfer bedeuten mag.»

## Unser Memo

Die erste Meldung kam aus Peking (KB, 11. Mai, Echo links für Japan) und erschien im Blatt der ungarischen KP, «Nepszabadság»: Ein linksstehender Gewerkschafter Japans kündigte Grossdemonstrationen gegen die USA und sich ablösende Marschkolonnen aus dem ganzen Land mit Ziel Tokio für die «traditionelle Frühjahrskampagne» der japanischen Sozialisten an. Die ersten Kolonnen, sagte er, würden schon am 25. April aus entfernten Landesteilen abmarschieren. Unterdessen hat die Bewegung Erfolg gehabt. Nicht zuletzt deshalb, weil auf dem Weg die Organisation mit Aufgebot neuer Ablösungskolonnen, die Verpflegung, die Routenwahl und der Fahrplan minutiös ausgearbeitet waren und ausgezeichnet klappten. Hinter der zuerst aus Peking angekündigten Demonstration stand eine gut eingespielte Organisation. Anfangs Juni trug sie in Tokio ihre Früchte: Grossaufmarsch der Arbeiter, Studentendemonstrationen, Lahmlegung der Transporte in den grösseren Städten. Der japanische Gewerkschaftsbund sprach von 130 000 Demonstranten. Die Polizei schätzte sie nüchtern auf 60 000. Es war der Grossangriff gegen die Atomwaffen, gegen den Sicherheitspakt mit den USA, gegen den geplanten Besuch Präsident Eisenhowers. Wie künstlich die «Volksbewegung» war, geht aus den letzten Lokalwahlen hervor, die vor wenigen Tagen noch von den Vertretern der Regierungspartei Kishis mit erdrückendem Mehr gewonnen wurden — trotz dem in allen Landesteilen gemeldeten «Sturm der Entrüstung» gegen den Ministerpräsidenten. Die Gefahr der Lage ist, dass anhaltende, organisierte Demonstrationen dieser Art schon mehr als eine Regierung trotz eigentlicher Mehrheit gestürzt haben. Ihre tiefere Bedeutung — neben der heute offenkundigen Tatsache, dass die Kommunisten ihre Hand bei der Organisation im Spiele hatten — liegt darin, dass sie nicht viel mit der internen Lage in Japan zu tun hat. Sie ist ein lokaler Auswuchs des allgemeinen Fiaskos der Aussenpolitik der USA und John Foster Dulles', die nun im letzten Amtsjahr Präsident Eisenhower ins Gesicht explodiert. Ungeschickter hätte

der gutwillige und unpolitische amerikanische Präsident nicht operieren können: Zuerst wollte er nach seinem Moskauer Besuch als Friedensbote nach Tokio kommen und unterwegs Präsident Rhee in Söul besuchen. Rhee ist nicht mehr Präsident. Damit entgeht Eisenhower zumindest dem Odium, mit einem Besuch den gefälschten Märzwahlen Koreas seinen Segen gegeben zu haben. Nach dem gescheiterten Gipfel aber wurde er die Zielscheibe der linksextremen Gruppen Japans — und dass er schliesslich beschloss, ebenfalls Präsident Tschiang Kai-shek in Formosa zu besuchen, verschärft die Situation: Tschiang liess sich (KB, 9. März) von einem eigentlich nicht beschlussfähigen Rumpfparlament in Missachtung seiner eigenen Verfassung soeben zum drittenmal als Präsident bestätigen.

### Fortsetzung von Seite 1

fen der serbisch-orthodoxen und der mazedonisch-orthodoxen Kirche Mitglieder der serbischen Behörden und der Bundesregierung bei, sondern als absolutes historisches Novum auch Reis Ul Ulema Suleiman, Oberhaupt der Moslems Jugoslawiens.

Die seit Kardinal Stepinac' Tod sichtbare Tendenz, Frieden mit der Kirche zu schliessen, verbindet sich hier mit der Sorge, an der Front des Kalten Krieges das Volk über Partei- und Glaubensgrenzen hinweg zu einigen.

Auch veröffentlichte die jugoslawische als einzige kommunistische Presse schon am 20. Mai die Meldung über die energische Antwort der Schweiz auf den Gegenprotest Moskaus nach der Ausweisung der beiden Botschaftsangestellten. Die ganze Pressepolitik zeigt den festen Willen, Jugoslawiens internationale Stellung um kein Haar zu verändern.

Als Staatschef schätzt Tito somit die Stellung des Westens materiell günstiger als diejenige des kommunistischen Ostens ein. Er weigert sich, seine Haltung dem Westen gegenüber zu ändern und kritisiert vorläufig Moskau (indirekt) und Peking (sehr direkt). Andererseits ist er sich der Gefahr der Lage bewusst und versucht, das Volk hinter sich zu einigen — durch westliche, nicht durch östliche Methoden, was

## Curriculum der Woche

### LIU SCHAO-TSCHI

Staatspräsident Rotchinas, führender Theoretiker der harten (stalinistischen, früher «moskautreuen», jetzt mehr mit Suslow-Flügel identifizierten) Schule. Geb. 1898, Provinz Hunan, reicher Bauernsohn. Lehrerseminar Tschangtscha (weiterer Schüler: Mao Tse-tung). 1920 Sozialist. Jugendverband, 1921 KP. Gewerkschaftsfunktionär Schanghai, Kanton u. anderswo. 1925 stellv. Vorsitzender chin. Gewerkschaftsbund, 1927 Mitglied ZK der KP Chinas. Nach Spaltung zwischen Tschiang und Kommunisten Niederlage KP 1927. Liu geht nach Moskau. Steigt im sowjetischen Exil in Hierarchie weiter auf, Mitglied der linksradikalen sog. Li-Li-san-Gruppe. 1930 zur «Bolschewisierung» der KPCh nach China zurückgeschickt, gegen gemässigten Kurs Maos, doch 1932 Aussöhnung, 1934/35 am «langen Marsch» beteiligt. 1936 Sekretär Nordbüro ZK KPCh, 1938 Sekretär Zentralbüro, 1941—43 Chef-Politruk der komm. Truppen. Doch nach Kriegsende wieder in Moskau, nimmt mit Stalin gegen Mao Stellung: Ein Aufstand in China sei aussichtslos. Kehrt nach China zurück, nimmt wieder für Mao Stellung, bleibt als Cheftheoretiker (zwischen seinen Absprüngen) und Verherrlicher Maos unentbehrlich. 1949—53 Vizepräsident des (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbundes, 1954—59 Vorsitzender «Ständiger Ausschuss Nationaler Volkskongress» (Büro des Parlaments). Bleibt Mitglied ZK, Politbüro. Aber jede Wendung zu harten Linien, jede Tendenz zu Aggression immer mit besonderem Eifer von ihm begründet. April 1959 Staatspräsident. Führt 1958/59 während «Zurückgezogenheit» Maos (zum Studium und Dichten) praktisch die Geschäfte der KPCh. Wahrscheinlich Inspirator des Angriffs gegen Koexistenz Chruschtschew und gegen Tito April 1960 (siehe Seite 2).

wiederum seine Einschätzung der Lage verrät.

Als Kommunist sieht er offenbar in Peking keinen Partner für ideologische Gespräche, und in Moskau nur eine unklare Lage. Zu bemerken ist auch, dass er bisher Moskaus Haltung nur indirekt bedauerte und besonders Chruschtschew persönlich völlig aus dem Spiel liess.

Daneben aber verurteilt er die «nicht vom Interesse der internationalen Arbeiterbewegung» motivierte Haltung Pekings (ein monströser Vorwurf) und bedauert die Unklarheiten der Moskauer Haltung (indirekt und mit sichtlicher Hoffnung auf Besserung). Auch spielt er vor der Galerie der asiatischen und afrikanischen «Neutralen» die Rolle des einzigen kühlen, überlegenen kommunistischen Realpolitikers.

Besonders aber sagt er, wie auch schon, laut und deutlich, dass er schon längere Zeit als einziger Kommunist die Ereignisse klar beurteilt und das Interesse der Arbeiter im Herzen trägt: Er erhebt wieder einmal den ideologischen Führungsanspruch in der kommunistischen Welt.

## kurz

Im Jahre 1959 wurden in der Tschechoslowakei 5316 Schulkinos eingerichtet («Rude Pravo», 29. Mai).

Im Rahmen des Siebenjahresplanes werden in der Russischen Föderativen Republik (RSFSR) für die Elektrifizierung der Landwirtschaft 900 000 km Leitungen gebaut (Kasachstanskaja Prawda», 24. Mai).

Die «Labour-Partei» der Insel Malta (Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Dom Mintoff) hat um Aufnahme in die diesen Frühling in Conakry gegründete «Organisation der Afro-Asiatischen Volkssolidarität» nachgesucht.

Guinea und die CSR haben ein Abkommen für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Vorgesehen ist der Austausch von Erfahrungen, Experten und Praktikanten.

Auf Einladung der Zeitung «Neues Deutschland» bereist eine Gruppe dänischer Journalisten die DDR. Minister Rau (KB, 16. März) gab ihnen eine Erklärung zur Gipfelkonferenz ab («Neues Deutschland», 24. Mai).

Eine Delegation der DDR-Volkskammer traf Ende Mai auf Einladung des finnischen Reichstagspräsidenten Fagerholm in Helsinki ein («Neues Deutschland», 28. Mai).